

## Inhalt

- 2 Verbändebündnis:** Bei einer Pressekonferenz übten die Bau- und Immobilienbranche deutliche Kritik an der Wohnungsbaupolitik der schwarz-roten Bundesregierung.
- 5 Bayern:** Bei der traditionellen Herbstfachtagung „VdW im Dialog“ in Reit im Winkel standen Wohnungsbau, Digitalisierung und Europa auf dem Programm.
- 6 Zahlenspiegel:** Mietpreisindex, Wohnungsbaugenehmigungen und mehr – die wichtigsten Rahmendaten zur Wohnungswirtschaft für den Monat Oktober.

## Bauministerkonferenz: Pragmatische Lösungen für Energieeinsparung und Wohnungsbau nötig

**Berlin/Magdeburg – Die für Wohnungsbau zuständigen Minister und Senatoren der Bundesländer haben bei der Bauministerkonferenz am 20. und 21. Oktober 2016 gegenüber dem Bund die Notwendigkeit bekräftigt, dass bei der Novellierung des Energieeinsparrechts eine hohe Klimaschutzwirkung mit niedrigen Bau- und Betriebskosten vereinbar sein muss. Dabei gehe es um Wirtschaftlichkeit, Technologieoffenheit und Vereinfachung.**



Foto: MLV, Christian Kolbe

Die Bauministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Bundesländer mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesbauministerium, Florian Pronold (ganz rechts)

Zudem unterstützen die Bauminister der Länder die Einführung der neuen Baugebietskategorie „Urbane Gebiete“ im Zuge der Novelle des Baugesetzbuches. Ziel ist eine höhere Flexibilität bei der Schaffung verdichteter städtischer Räume mit sowohl gewerblicher Nutzung als auch mehr Wohnraum.

„Ich freue mich, dass die Bauministerkonferenz ohne Gegenstimmen das ‚Urbane Gebiet‘ unterstützt, die der Gesetzentwurf des Bundesbauministeriums vorsieht“,

sagte dazu **Florian Pronold**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbauministerium.

### Lineare Verschärfungen des Energieeinsparrechts bringen nichts

„Bezahlbares Wohnen ist das Gebot der Stunde. Wir brauchen endlich Lösungen, wie wir Klimaschutz erreichen können, ohne die Bau- und Betriebskosten und damit die Wohnkosten für die Mieter in die Höhe zu treiben“, erklärte **Axel**

Weiter auf Seite 2 ➔

## Aktuelle Meldungen

### EU will Unternehmensbesteuerung harmonisieren

Die Europäische Union (EU) will die Unternehmensbesteuerung harmonisieren – wieder einmal, wie das *Handelsblatt* am 26. Oktober 2016 berichtete. Die Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer soll ab dem Jahr 2019 europaweit vereinheitlicht werden. So stehe es in einem Richtlinienentwurf, den die EU-Kommission am 25. Oktober vorlegte. Der Körperschaftsteuersatz bleibe davon unberührt. (wi)

### Mehr genehmigte Wohnungen

Von Januar bis August 2016 wurde in Deutschland der Bau von insgesamt 245.300 Wohnungen genehmigt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, waren das 25,1 Prozent mehr als in den ersten acht Monaten 2015. Eine höhere Zahl an genehmigten Wohnungen hatte es in den ersten acht Monaten eines Jahres zuletzt im Jahr 2000 gegeben. Prozentual am stärksten stiegen die Baugenehmigungen für Wohnungen in Wohnheimen mit 137,3 Prozent. Zu dieser Kategorie zählen unter anderem Flüchtlingsunterkünfte. (wi)

### Mehr Sozialhilfeempfänger

Am Jahresende 2015 erhielten in Deutschland rund 398.000 Leistungsberechtigte Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem dritten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilte, stieg die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 Prozent. (wi)

➔ Fortsetzung von Seite 1

**Gedaschko**, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, im Vorfeld der Bauministerkonferenz. „Angesichts der Herausforderung, schnell, viel, preiswert und klimaschonend zu bauen, kommen wir mit linearen Verschärfungen des Energieeinsparrechts nicht weiter.“ Die Wohnungswirtschaft plädiert dafür, das von der EU geforderte Niedrigstenergiegebäude für Wohngebäude noch nicht festzulegen. „Technologieoffenheit, die Wahrung des Wirtschaftlichkeitsgebotes bei allen ordnungsrechtlichen Anforderungen und eine an CO<sub>2</sub>-Emissionen orientierte Systematik sind die richtigen Lösungsansätze, um beim Klimaschutz im Gebäudebereich voranzukommen“, so Gedaschko. „Hier muss weiter um eine gute Lösung gestritten werden.“

Der GdW begrüßt die Bestrebungen, die Energieeinsparverordnung (EnEV) beziehungsweise das Energieeinspargesetz (EnEG) und das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG) in einem Gebäudeenergiegesetz zusammenzulegen. Damit kann auch der Einsatz von erneuerbaren Energien besser bei der Energie-

einsparung angerechnet werden. „Was wir dann brauchen, ist ein Paradigmenwechsel beim Energieeinsparrecht“, erläuterte Gedaschko. Eine Neukonzeptionierung hin zu einem energiesparenden Mindestwärmeschutz in Kombination mit einer Anforderung an die maximalen CO<sub>2</sub>-Emissionen wäre hier der richtige Weg.

### Übernahme einer einheitlichen Musterbauordnung in den Ländern

Der GdW appelliert darüber hinaus an die Länder, sich dringend für die Übernahme einer einheitlichen Musterbauordnung einzusetzen. In diesem Rahmen sollte auch geprüft werden, ob für serielle Bauten sogenannte Typengenehmigungen oder -prüfungen nach Landesbauordnungsrecht erteilt werden können. „Dies hätte einen deutlichen Vereinfachungs- und Beschleunigungseffekt für den Wohnungsneubau“, so Gedaschko.

### Baugesetzbuchnovelle vorantreiben

Der GdW-Präsident fordert den Bund auf, die Baugesetzbuchnovelle weiter voranzutreiben: „Wir brauchen endlich ein Gesetz, das für mehr Wohnungsbau sorgt. Die Baugesetzbuch-Novelle muss unbedingt

ermöglichen, dass deutlich mehr und deutlich schneller Bauland in den Wachstumsregionen zur Verfügung gestellt wird.“ Ziel der Novelle müsse es sein, die Innenentwicklung zu stärken, mit Augenmaß eine Stadt-Umland-Nutzung zu ermöglichen und das Baurecht von unnötigen bürokratischen Anforderungen zu befreien. Mit der Novelle des Baugesetzbuches soll außerdem eine neue Baugebietskategorie – die sogenannten „Urbanen Mischgebiete“ – eingeführt werden. Damit wäre die Wohn- und Gewerbenutzung besser vereinbar. „Dem Wohnen muss angesichts der vielerorts angespannten Märkte eine Vorrangfunktion eingeräumt werden“, forderte der GdW-Chef. „In den Baugebieten der neuen Kategorie müsse ein deutlich überwiegender Wohnanteil möglich sein. Hier brauchen wir eine Klarstellung, dass sich das neue ‚Urbane Mischgebiet‘ vom klassischen Mischgebiet abheben kann“, sagte der GdW-Chef.

(burk/schi) ■

➔ Den ausführlichen Masterplan des GdW zur BauGB-Novelle finden Sie unter diesem Kurz-Link: <https://goo.gl/dCw0pv> – weitere Infos zur Bauministerkonferenz unter [www.is-argebau.de](http://www.is-argebau.de)

## „Statt Vollgas nur im ersten Gang“: Fakten-Check des „Verbändebündnis Wohnungsbau“ ein Jahr vor der Bundestagswahl

**Berlin – Sieben führende Organisationen und Verbände der Bau- und Immobilienbranche sind sich einig, dass die Große Koalition den „Erledigt“-Stempel in Sachen Wohnungsbau in der Schublade lassen kann. Die Wohnungsbaupolitik sehen sie als „offene Baustelle“. Als „Verbändebündnis Wohnungsbau“ übten sie am 20. Oktober 2016 bei einer Pressekonferenz in Berlin deutliche Kritik an der Wohnungsbaupolitik der schwarz-roten Bundesregierung. „Die GroKo hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht“, urteilt die Branche.**



Foto: „Verbändebündnis Wohnungsbau“

„Die Novelle des Baugesetzbuches ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu mehr Bauland und damit zu mehr Wohnungsbau. Damit die notwendigen 400.000 neuen Wohnungen jährlich in Deutschland gebaut werden können, müssen jetzt die Weichen richtig gestellt werden.“

**GdW-Hauptgeschäftsführerin Ingeborg Esser bei der Pressekonferenz des „Verbändebündnis Wohnungsbau“ am 20. Oktober 2016**

einziges Mal auf Grün – für „abgehakt“. Sieben Mal sieht die GroKo Gelb. Diese Punkte hat sie wenigstens auf den Weg gebracht, allerdings bislang ohne zufriedenstellende Ergebnisse. Und gleich drei Mal gibt es die „Rote Karte“. Das Fazit des Verbändebündnisses: „Die Große Koalition ist über die Analysephase kaum hinausgekommen. Es ist der Bundesregierung nicht gelungen, die entscheidenden Punkte für mehr Wohnungsbau vorzubringen sowie Länder und Kommunen mit ins Boot zu holen. Statt Vollgas zu geben, fährt der Wohnungsneubau im ersten Gang.“ Der Wohnungsbau werde somit eines der zentralen Wahlkampfthemen bei der im kommenden Jahr anstehenden Bundestagswahl.

Zu den Hausaufgaben zählt in erster Linie das 10-Punkte-Programm, das Bundesbauministerin Barbara Hendricks zum Abschluss des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen als „Wohnungsbau-Offensive“ vorgelegt hat. Das ist knapp ein

Jahr her. Ein Jahr vor der Bundestagswahl machte jetzt das „Verbändebündnis Wohnungsbau“ den Fakten-Check.

Das Ergebnis: Bei 10 To-do-Punkten stehen die Zeichen für die Bundesregierung kein

Um bezahlbare Wohnungen zu schaffen, steht beim „Verbändebündnis Wohnungsbau“ ein Punkt ganz oben auf der To-do-Liste: die Erhöhung der linearen Abschreibung von zwei auf drei Prozent. Ebenso

Weiter auf Seite 3 ➔

➔ Fortsetzung von Seite 2

dringlich ist die zielgerichtete Förderung über Investitionszulagen. Beide Wohnungsbau-Anreize seien dringend überfällig. Passt es jedoch nichts – daher die „Rote Karte“.

Bund, Länder und Kommunen sollten Bauland bereitstellen und dabei nicht ausschließlich auf den Profit schielen. Verbilligte Grundstücke für gute Konzepte waren das Ziel. Hier ließen klare und umfangreiche Regelungen jedoch auf sich warten. Auch dafür sieht die öffentliche Hand Rot.

### Vorschriften-Dschungel im Baurecht beenden

Der Vorschriften-Dschungel im Baurecht sollte durch eine einheitliche Muster-Bauordnung in den Ländern leichter zu durchdringen sein. Auch hier: Fehlanzeige. Als Preistreiber für den Wohnungsneubau gelten hohe Energie-Standards. Die Forderung

der Branche zielt auf eine Aus-zwei-machens-Lösung ab: Energie-Einsparverordnung (EnEV) und Erneuerbare-Energien-Wärme-gesetz (EEWärmeG) sollten in einem neuen Gesetz zusammengeführt werden – und zwar unter Beachtung wirtschaftlicher Prinzipien für den Wohnungsbau. Hier gibt es zwar Überlegungen, die in die richtige Richtung gehen, aber noch keinen Entwurf. Die Branche zeigt dem Bund deshalb die „Gelbe Karte“.

Selbst bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus und bei der Stärkung des genossenschaftlichen Wohnens erkennt das „Verbandebündnis Wohnungsbau“ noch längst nicht die Tatkraft, die notwendig wäre. Für den wichtigen Bereich der Wohn-Förderung für Haushalte mit niedrigem Einkommen gibt es daher nur die „Gelbe Karte“. Auch andere Ziele seien, so die Branchenvertreter, nicht erreicht. Dazu gehören nach Angaben des „Verbandebündnisses Wohnungsbau“, dass

in bereits vorhandenen Wohnsiedlungen mehr Wohnraum entsteht. Außerdem müssten Brachflächen genutzt und Baulücken geschlossen werden.

### Normungswesen auf den Prüfstand hieven

Zudem gehe es nach wie vor darum, das Normungswesen auf den Prüfstand zu hieven. Auch die Aufgabe, das serielle Bauen für ansprechenden und günstigen Wohnraum zu forcieren, sei noch längst nicht erfüllt. Hiervon würden insbesondere Studierende, Azubis, Rentner und Flüchtlinge profitieren. Noch längst nicht erledigt sei zudem das Vorhaben, die Stellplatzverordnungen zu flexibilisieren. Und auch wenn es darum gehe, bei Neubauvorhaben in der Bevölkerung für mehr Akzeptanz zu werben, gebe es noch eine Menge zu tun.

(bidschi) ■

➔ Den ausführlichen Fakten-Check finden Sie unter diesem Kurz-Link: <https://goo.gl/my22uz>

## Weltgemeinschaft einigt sich in Quito auf Leitplanken für soziale und ökologische Stadtentwicklung

**Quito – Die Staatengemeinschaft hat sich erstmals auf eine gemeinsame politische Richtschnur für die Stadtentwicklung der nächsten Jahrzehnte geeinigt. Mit der Verabschiedung der sogenannten „New Urban Agenda“ endete am 20. Oktober 2016 die dritte UN-Weltkonferenz zu Wohnen und nachhaltiger Stadtentwicklung, UN-Habitat, in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito. Unter der Leitung von Dr. Özgür Öner vom Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW fand im Rahmen der Versammlung am 18. Oktober zudem eine internationale Konferenz des Bundesbauministeriums statt.**

„Die Schlüssel für eine nachhaltige und klimagerechte Welt liegen in den Städten. Denn immer mehr Menschen weltweit zieht es in die Städte“, erklärte Bundesbauministerin **Barbara Hendricks** zur „New Urban Agenda“. „Mit der neuen Stadtentwicklungsagenda bekennt sich die Staatengemeinschaft dazu, die Städte zu stärken. Starke Städte sind besser in der Lage, Armut zu bekämpfen und den Klimaschutz voranzubringen. Die Neue Urbane Agenda bietet eine wertvolle Richtschnur für die Städte der Zukunft. Jetzt kommt es darauf an, schon heute die richtigen Weichen zu stellen.“

„In den Städten entscheidet sich, ob nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz gelingen wird“, sagte Bundesentwicklungsminister **Gerd Müller**. „Wir wollen lebenswerte Städte, weltweit. Denn nur so können wir den Klimakollaps, Elend, Gewalt und Flucht verhindern. Deshalb hat sich Deutschland bei der Verhandlung zur Neuen Urbanen Agenda dafür eingesetzt, dass Städte als zentrale Akteure für die Erreichung der globalen Entwicklungs- und Klimaziele anerkannt und gestärkt werden.“



Foto: GdW

Die internationale Konferenz des Bundesbauministeriums unter Leitung von GdW-Referent Dr. Özgür Öner (2. v. l.), rechts neben ihm Staatssekretär Gunther Adler.

Deshalb fördern wir kommunale Partnerschaften und Wissenstransfer zwischen den deutschen Kommunen und Kommunen in unseren Partnerländern.“

### Erreichung der Nachhaltigkeitsziele nur mit starken Städten möglich

Mit der Verabschiedung der Neuen Urbanen Agenda bekennen sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen dazu, in ihren Politiken und Maßnahmen Städte stärker einzubeziehen und die Rahmenbedingungen für die Realisierung einer nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung zu verbessern. Dadurch sollen Handlungs-

fähigkeit, finanzielle Möglichkeiten und Partizipation auf lokaler Ebene gestärkt werden. Übergeordnetes Ziel ist die Umsetzung der Agenda 2030 und des Klimaabkommens von Paris auf lokaler Ebene. Denn die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele ist nur mit starken Städten möglich, ebenso wie ein wirkungsvolles Klimaabkommen nur gemeinsam mit den Städten umgesetzt werden kann.

Die Bundesregierung, die durch Baustaatssekretär **Gunther Adler** vor Ort vertreten war, präsentierte in Quito eine Vielzahl

Weiter auf Seite 4 ➔



➔ Fortsetzung von Seite 3

innovativer Lösungsansätze aus Deutschland und dem Ausland. Dazu gehören „Smart Cities“, in denen Daten intelligent genutzt werden, um Verkehr zu vermeiden, Ressourcen zu schonen und Kosten zu sparen. „Allerdings müssen wir die neuen technischen Möglichkeiten mit Verstand und Weitsicht einsetzen, damit aus der positiven Vision einer Smart City am Ende nicht neue Ungleichheit und Abhängigkeit entsteht“, so Hendricks.

Deutschland unterstützt die Umsetzung von Habitat III durch eine neue Initiative für transformative urbane Mobilität. „Mobilität ist ein wichtiger Hebel, um Sicherheit, Bildung, Arbeit und politische Mitbestimmung zu gewährleisten. Um unsere Entwicklungs- und Klimaziele zu erreichen, brauchen wir eine weltweite Verkehrswende“, so Müller. Mit der „Transformative Urban Mobility Initiative“ (TUMI) wird Deutschland sozial verträgliche, innovative und klimafreundliche Mobilitätsprojekte

in Entwicklungs- und Schwellenländern unterstützen.

Bereits 2017 wird das Entwicklungsministerium gemeinsam mit der KfW Entwicklungsbank über eine Milliarde Euro für den Auf- und Ausbau nachhaltiger Mobilitätssysteme bereitstellen, unter anderem für Investitionen in Busse, S-Bahnen, Fähren, Fahrrad- und Fußwege. Dadurch werden sich pro Tag fast eine Viertel Million Menschen auf nachhaltige Art und Weise durch ihre Städte bewegen, da der Ausstoß von bis zu 2,4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent verhindert und Gesundheitskosten in Höhe von circa 80 Millionen Euro pro Jahr eingespart werden können.

#### GdW leitet internationale Konferenz des Bauministeriums

Unter der Konferenzleitung von GdW-Referent Dr. **Özgür Öner** diskutierten **Christian Friis Bach**, Executive Director der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE), und **Gunther**

**Adler**, Staatssekretär im Bundesbauministerium, mit hochrangigen Referenten und Staats- und Regierungschefs der UN-Mitgliedstaaten über integrative Ansätze der Stadtentwicklung und das deutsche Modell des sicheren Wohnens.

Im Mittelpunkt der Diskussionen stand die Frage, wie der Beitrag der deutschen Wohnungswirtschaft für ein gutes und sicheres Wohnen sowie für die nationale Volkswirtschaft ein Modell für andere Staaten sein kann. Als Fazit hielten die Diskutanten fest, dass das Wohnen die Grundlage für Menschen ist, sich als Staatsbürger in die Gesellschaft einzubringen und an ihr teilzuhaben. Sozialer, bezahlbarer und guter Wohnungsbau seien hierfür der Schlüssel.

(schr/önel/schi) ■

➔ Weitere Infos zur „New Urban Agenda“ und eine Bildergalerie finden Sie unter [www.bmub.bund.de/N53636](http://www.bmub.bund.de/N53636), sowie in englischer Sprache unter <https://habitat3.org/the-new-urban-agenda>

## AUS DEN VERBÄNDEN

### Überregionales Branchentreffen in Leipzig: Sächsische Wohnungswirtschaft veranstaltet erste Software & Immobilien Conference

Leipzig – Der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Sachsen (vdw) hat am 19. Oktober 2016 die erste „Mitteldeutsche Software & Immobilien Conference – SICm16“ veranstaltet. Über 280 Teilnehmer und Gäste folgten dem Ruf und brachten damit den Veranstaltungsort, das „Haus Leipzig“, an die Grenzen seiner Aufnahmefähigkeit. „Ich bin überwältigt von dem Erfolg, der zeigt, dass wir zur richtigen Zeit die relevanten Problemfelder aufgegriffen haben“, erklärte dazu Rainer Seifert, Verbandsdirektor des vdw Sachsen. Er kündigte angesichts dieses Zuspruchs eine Fortsetzung in zwei Jahren an.



Foto: Marko Förster

Die Moderatoren Roland Hildebrandt (VdW Bayern Treuhand) und Joachim Llambi mit vdw-Verbandsdirektor Rainer Seifert und vdw-Prüfungsdirektor Jürgen Elfrich (v. l.)

Belohnt wurden die Besucher des wohnungswirtschaftlichen Veranstaltungshöhepunkts durch eine bisher einmalige Art und Weise der Präsentation. Zudem wurden sie Zeugen der Gründung einer neuen Marke für webbasierte Software-Generation in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Joachim Llambi, der vor allem als Teil der Juryleitung der TV-Show „Let’s Dance“ bekannt ist. Weitgehend unbekannt ist, dass er lange Zeit auch als Aktien- und Börsenmakler in Düsseldorf und Frankfurt tätig war. Unterstützt wurde Joachim Llambi von vdw-Verbandsdirektor Rainer Seifert, Prüfungsdirektor Jürgen Elfrich vom Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (vtw.) und Roland Hildebrandt, wohnungswirtschaftlicher IT-Berater bei der Treuhandstelle für Wohnungsunternehmen in Bayern GmbH, als Co-Moderatoren.

Die Aussteller – Marktführer bis hin zu Start-Ups – präsentierten ihre Produkte und Ansätze so, wie es von den Events der US-amerikanischen Softwaregiganten bekannt ist. Doch bei der SICm16 war diese „Show“ zusätzlich noch interaktiv. Zu den wichtigsten und konkreten Themen wie mobile Lösungen, Schnittstellen, vernetztes Wohnen, Servicelevel, Controlling oder die Software-Umstellung nahmen die im Markt wetteifernden Anbieter live auf der zentra-

len Bühne Stellung. Das bot den Unternehmen wie den Nutzern die Möglichkeit, die drängenden Probleme und Fragen direkt zu klären.

Mit dabei waren auch die Haufe Gruppe und die FIO Systems AG. Die beiden führenden Spezialanbieter starten eine Kooperation. Auf der SICm16 gab es erstmals eine persönliche Vorstellung der gemeinsamen neuen Marke „Haufe-FIO axera“. Unter diesem Dach bieten die beiden Unternehmen künftig eine webbasierte ERP-Lösung, die speziell auf die Anforderungen von Wohnungsunternehmen und Immobilienverwaltungen zugeschnitten ist. Die Software soll die gestiegenen Anforderungen an mobiles Arbeiten unabhängig von Ort und Endgerät erfüllen. Ziel der langfristig ausgerichteten Partnerschaft sei es, die ERP-Software gemeinsam weiterzuentwickeln.

(müll/schi) ■

➔ Eine Bildergalerie von der SICm16 finden Sie unter [www.vdw-sachsen.de/impressionen-von-der-sicm16](http://www.vdw-sachsen.de/impressionen-von-der-sicm16)

## Wohnungsbau bestimmt Diskussionen bei traditioneller Fachtagung in Reit im Winkl

Reit im Winkl – Vom 10. bis 12. Oktober 2016 veranstaltete der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen (VdW Bayern) seine traditionelle Herbstfachtagung „VdW im Dialog“ in Reit im Winkl. Der Vorsitzende des Gesamtvorstandes, Mario Dalla Torre, konnte rund 500 Teilnehmer begrüßen. Am „politischen Montag“ standen neben dem Wohnungsbau auch die Perspektiven der Digitalisierung und Europa auf der Tagesordnung.

Investitionen in Höhe von 1,33 Milliarden Euro, 2.144 neue bezahlbare Miet- und Genossenschaftswohnungen, „eine starke Leistung einer starken Truppe“ – so fasste der VdW-Verbandsvorsitzende **Mario Dalla Torre** die Leistungen der Verbandsmitglieder aus dem Jahr 2015 bei seiner Begrüßung zusammen. Aber dennoch dürfe man sich von diesen Zahlen nicht blenden lassen, der Sozialwohnungsbestand in Bayern habe sich in den letzten 15 Jahren nahezu halbiert – dabei sei die Nachfrage gewachsen. Die großen Herausforderungen des Wohnungsbaus standen deshalb im Zentrum der Fachtagung.

### Ein Jahr vor der Bundestagswahl – Was erwartet die Branche?

„Das Thema Wohnen wird eine wichtige Rolle in den Wahlprogrammen aller Parteien spielen“, diese positive Nachricht stellte **Axel Gedaschko**, Präsident des Spitzenverbandes GdW, seinem Vortrag über die nahende Bundestagswahl und die möglichen Folgen für die Branche voraus. Die Politik verfolge beim Thema Wohnen vor allem zwei Ziele: die Eigentumsbildung und die Stärkung des Mietwohnens, worunter auch das Mietrecht fällt. Die Herausforderung der Wohnungswirtschaft liege nun darin, die eigenen Interessen in den Wahlkampf einzubringen. Damit kam Gedaschko gleich zu einem Thema, dass sich in den Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken befindet: „Die neue Wohnungsgemeinnützigkeit“. Dahinter stehe im Wesentlichen eine stärkere staatliche Förderung des Baus von bezahlbaren Wohnungen, so der GdW-Präsident. Also von einem Geschäftsmodell, das ohnehin von kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften praktiziert werde. Eine neue Wohnungs-



GdW-Präsident Axel Gedaschko

gemeinnützigkeit würde laut Gedaschko die Gefahr mit sich bringen, dass dann nur noch Unternehmen Fördermittel erhalten, die sich diesem System unterwerfen. „Die Handlungsfreiheit der Wohnungsunternehmen ist bedroht“, sagte der GdW-Präsident. Für Gedaschko ist die ganze Diskussion nur eine Ablenkung von den vom Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen erarbeiteten Maßnahmen. Anstelle diese zügig umzusetzen, werde nun unnötig ein neuer Schauplatz aufgemacht. Deutlich zu machen, dass es bereits zahlreiche, abgestimmte Empfehlungen für bezahlbaren Wohnungsbau gibt, werde eine der Hauptaufgaben im Wahlkampf sein. Daneben gelte es, eine Verschärfung der Mietpreiskontrolle zu verhindern. Denn die Mitglieder der deutschen Wohnungswirtschaft seien hier die falschen Adressaten.

„Viel wichtiger ist es, den Neubau voranzubringen“, forderte Gedaschko. Dafür müsse dringend die Vergabe von Bauland beschleunigt werden. Darüber hinaus sollte Wohnbebauung nach § 34 Baugesetzbuch im Innenbereich von Städten erleichtert werden. „Um den Wohnungsbau wirklich anzukurbeln, brauchen wir endlich auch bessere steuerliche Bedingungen für den Wohnungsbau“, so Gedaschko. Dafür sei eine Erhöhung der linearen Abschreibung für Abnutzung (AfA) von zwei auf mindestens drei Prozent sowie eine Investitionszulage für den Wohnungsneubau notwendig.

### Mehr Wohnungsbau für Bayern

Bayerns Innen- und Bauminister **Joachim Herrmann** zog eine positive erste Zwischenbilanz zum im Oktober 2015 geschlossenen „Wohnungspakt Bayern“. „Der Wohnungspakt Bayern, für den wir bis 2019 rund 2,6 Milliarden Euro bereitstellen, ist sehr gut angelaufen“, erklärte Herrmann. „Der Freistaat, die Gemeinden, die Kirchen und insbesondere die Wohnungswirtschaft ziehen bei der Wohnraumförderung an einem Strang.“ Das sei ein wichtiger Schritt zu mehr bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringeren Einkommen. Ziel seien bis zu 28.000 neue staatliche und staatlich geförderte Wohnungen in Bayern. Herrmann stellte aber auch klar, dass sozialer Wohnungsbau allein kein Allheilmittel für den stark steigenden Bedarf an Wohnraum sein kann. „Der Großteil der benötigten Wohnungen muss von privaten Investoren und Woh-



Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann mit VdW-Verbandsdirektor Xaver Kroner (v. l.)

nungsunternehmen gebaut und frei finanziert werden. Dazu muss der Bund endlich politische Vorkehrungen für den Wohnungsbau geben. Deutschland braucht eine Agenda 2020 für den Wohnungsbau!“ Nach Herrmanns Worten hat der Bund dafür genügend Kompetenzen. „Von der Bauleitplanung bis zum Steuerrecht muss der Bund jetzt die Weichen auf Wohnungsbau stellen. Da ist genug zu tun, anstatt sich in Zuständigkeitsdiskussionen von vorgestern zu verzetteln.“ Herrmann kritisierte, dass Bundesbauministerin Barbara Hendricks eine Diskussion über Zuständigkeiten angestoßen habe und am liebsten die Förderalismusreform bei der sozialen Wohnraumförderung wieder zurückdrehen wolle. „Wir lehnen die Überlegungen strikt ab, hier Kompetenzen an den Bund abzugeben“, stellte Herrmann unmissverständlich fest und sieht hier auch den VdW Bayern an seiner Seite. „Wo der Bund zuständig ist, kommen nicht unbedingt mehr Wohnungen heraus.“ Das zeige sich neben der Bauleitplanung und dem Steuerrecht etwa beim Energieeinsparrecht. „Wo dagegen Bayern zuständig ist, da ist die Wohnungswirtschaft in besten Händen“, sagte Herrmann. Beispielsweise habe Bayern zusammen mit Sachsen mit 3,5 Prozent bundesweit die niedrigste Grunderwerbssteuer. „Das ist so und das bleibt so“, sicherte der Minister zu.

### Ein Jahr Wohnungspakt Bayern aus Sicht der Wohnungswirtschaft

„Die Wohnungswirtschaft nimmt ihr Kernthema Mietwohnungsbau ernst“, sagte VdW-Verbandsdirektor **Xaver Kroner**. Durch die langen Bauzeiten könne

Weiter auf Seite 6 ➡

# Aktueller Zahlenspiegel 10/2016

Rahmendaten zur Wohnungswirtschaft in Deutschland

Bevölkerungsstand (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011)	4. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr
	2014	2015	
Bevölkerungsstand (1.000 Einwohner)	81.198	82.176	+1,2%
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen Veränderung gegen Vorjahr auf Basis der Preise von 2010	2. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr preisbereinigt
	2015	2016	
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. EUR)	746,0	780,3	+3,1%
dar.: Bauinvestitionen (Anlageinvestitionen Bauten)	76,2	81,5	+5,1%
dar.: Wohnbauten	45,9	49,9	+6,6%
Verbraucherpreisindex (2010 = 100)	September		Veränderung gegen Vorjahr
	2015	2016	
Verbraucherpreisindex aller privaten Haushalte	107,0	107,7	+0,7%
Mietpreisindex (2010 = 100)	September		Veränderung gegen Vorjahr
	2015	2016	
Wohnungsmiete (einschl. Nebenkosten) insgesamt	106,7	108,1	+1,3%
Wohnungsmiete (inkl. Miete von Eigentumswohnungen)	106,9	108,3	+1,3%
Altbauwohnungen	107,3	108,8	+1,4%
Neubauwohnungen	106,8	108,1	+1,2%
Index der Mietnebenkosten (2010 = 100)	September		Veränderung gegen Vorjahr
	2015	2016	
Wasserversorgung	107,7	110,2	+2,3%
Müllabfuhr	99,7	99,7	+0,0%
Abwasser	104,1	104,1	+0,0%
Andere Nebenkosten	111,2	113,3	+1,9%
Index der Energiekosten (2010 = 100)	September		Veränderung gegen Vorjahr
	2015	2016	
Strom	124,7	125,6	+0,7%
Gas	109,6	106,1	-3,2%
Flüssige Brennstoffe	87,0	76,1	-12,5%
Feste Brennstoffe	110,9	110,0	-0,8%
Zentralheizung/Fernwärme	109,1	100,3	-8,1%
Baupreisindex (2010 = 100) (ohne Umsatzsteuer)	3. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr
	2015	2016	
Bauleistungen (Neubau) am Wohngebäude	111,4	113,7	+2,1%
Rohbauarbeiten	110,2	112,1	+1,7%
Ausbauarbeiten	112,4	115,1	+2,4%
Baulandpreise (in EUR je qm)	1. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr
	2015	2016	
Kaufwerte für baureifes Bauland (EUR je qm)	145,11	146,71	+1,1%
Geschäftsgebiet	364,00	266,70	-26,7%
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet gemischt	123,45	144,09	+16,7%
Wohngebiet	167,65	168,84	+0,7%
Industriegebiet	41,84	44,64	+6,7%
Dorfgebiet	36,56	38,80	+6,1%
Index des Auftragseinganges im Baugewerbe (Wertindex 2010 = 100)	August		Veränderung gegen Vorjahr
	2015	2016	
Hoch- und Tiefbau	121,2	141,3	+16,6%
Wohnungsbau	155,1	186,6	+20,3%
Wohnungsbaugenehmigungen	Januar bis August		Veränderung gegen Vorjahr
	2015	2016	
Genehmigungen insgesamt (einschl. Bestandsmaßnahmen)	196.152	245.325	+25,1%
dar.: Wohnungen (Neubau) in Einfamilienhäusern	62.775	65.666	+4,6%
Wohnungen (Neubau) in Zweifamilienhäusern	13.406	15.316	+14,2%
Wohnungen (Neubau) in Mehrfamilienhäusern	85.389	108.854	+27,5%
davon: Eigentumswohnungen	42.967	51.425	+19,7%
Mietwohnungen	42.422	57.429	+35,4%

Quelle: Statistisches Bundesamt © GdW Beckmann

Fortsetzung von Seite 5

sich der Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen aber kurzfristig noch verschärfen. Der Verbandsdirektor bemängelte, dass sich außer den Verbandsmitgliedern kaum jemand im Marktsegment bezahlbarer Mietwohnungsbau engagiere. Deshalb würden die jährlich notwendigen 70.000 Neubauwohnungen – davon 20.000 zusätzliche Mietwohnungen – wohl weiterhin ein gemeinsamer Wunsch von Staatsregierung und Wohnungswirtschaft bleiben. Hinzu kommen die gespaltenen Wohnungsmärkte in Bayern. In einigen sogenannten Schwarmstädten wie München sammeln sich vorwiegend junge Menschen und kehren auch später häufig nicht mehr in ihre Heimat zurück. Diese Konzentration von Menschen in wenigen Städten stelle sowohl für die Regionen, die Bevölkerung verlieren, als auch für die Städte, die unter dem Zuzugsdruck zu leiden haben, ein immer größeres Problem dar. „Diese Entwicklung können wir nicht mit dem Ordnungsrecht stoppen, sondern nur in dem wir den Menschen zeigen, dass es überall in Bayern schöne Städte und Gemeinden mit hoher Lebensqualität gibt“, sagte Kroner. Dazu gehöre aber neben der Arbeitssituation in zunehmendem Maße auch ein gutes Wohnungsangebot. Deshalb drängt die Wohnungswirtschaft darauf, dass die Mietwohnraumförderung nicht auf die Ballungszentren konzentriert wird, sondern auch auf entspannten Wohnungsmärkten qualitativ besserer Mietwohnungsbau ermöglicht wird. Häufig sei ein zeitgemäßes Wohnungsangebot nur durch Ersatzneubau möglich. „Deshalb müssen die Abbruchkosten des Altbestandes auch zu den förderfähigen Kosten gehören“, forderte der Verbandsdirektor.

## Anspruch auf Sozialwohnungen auch für Normalverdiener

Kroner machte auf ein weiteres Manko beim geförderten Wohnungsbau aufmerksam. Durchschnittsverdiener können sich häufig keine neuen Mietwohnungen mehr leisten, haben aber keinen Anspruch auf eine Sozialwohnung. Das liegt auch an zu niedrigen Einkommensgrenzen. „Wir müssen Lösungen finden, wie wir den geförderten Wohnungsneubau für Normalverdiener öffnen können und zugleich Wohnungsbestände, die größtenteils nicht mehr einer Sozialbindung unterliegen, für die einkommensschwächsten Bevölkerungsgruppen besser und sinnvoller nutzbar machen,“ so der Verbandsdirektor. Die Lösung könnten sinnvolle Belegungsverträge sein, die über viele Jahre laufen, und in denen ein größerer Wohnungsbestand zusammengefasst wird. Andernfalls befürchtet Kroner, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung für den geförderten Wohnungsbau immer weiter schwinden wird. (stralschi) ■



**Englisch für Vermieter mit Hand und Fuß**

8. November 2016, Bochum

Deutschland ist ein Einwanderungsland und die Sprachen der Mieter vielfältig wie ihre Kulturen. Vermietungsrelevante Englischkenntnisse gewinnen somit immer mehr an Bedeutung. Leider reicht das übliche Schulenglisch oft nicht aus, um komplexe Mietverträge oder Hausordnungen zu erklären. In diesem Seminar lernen die Teilnehmer die wichtigsten Vokabeln, Redewendungen und typischen Übersetzungsfehler, um in ihrem Vermieteralltag erfolgreich aufzutreten. Das Besprechen von Fallbeispielen und Mustermietverträgen fördert außerdem, sich kompetent, aber dennoch einfach auf Englisch zu verständigen.

**Weitere Infos:** EBZ, Andrea Bohn, Telefon: 0234/9447510, E-Mail: a.bohn@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de

**Der sichere Spielplatz**

8. November 2016, Berlin

Sicherheitstechnische Anforderungen an Spielplatz und Geräte werden in diesem Seminar ebenso thematisiert wie einschlägige Gesetze, Vorschriften und Normen. Wie lassen sich Mängel feststellen, bewerten und beseitigen? Und wie kann die Instandhaltung und Wartung gewährleistet werden? Die Teilnehmer sollen in diesem Seminar lernen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Im Praxisteil wird außerdem eine Spielplatzbegehung durchgeführt.

**Weitere Infos:** BBA, Christoph Dormeier, Telefon: 030/23085541, E-Mail: christoph.dormeier@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de

**Der Streit um die Mietminderung**

10. November 2016, Dresden

Leider kommt es sehr häufig vor, dass der Mieter die Miete mindert. Für den Sachbearbeiter stellt sich oft die Frage, ist die Reaktion des Mieters angemessen? Die Rechtsprechung trägt zur Verunsicherung bei. In diesem Seminar werden Grundlagen und Voraussetzungen für Mietminderungen ausführlich an Hand von praktischen Beispielen aus der Rechtsprechung dargestellt und erläutert.

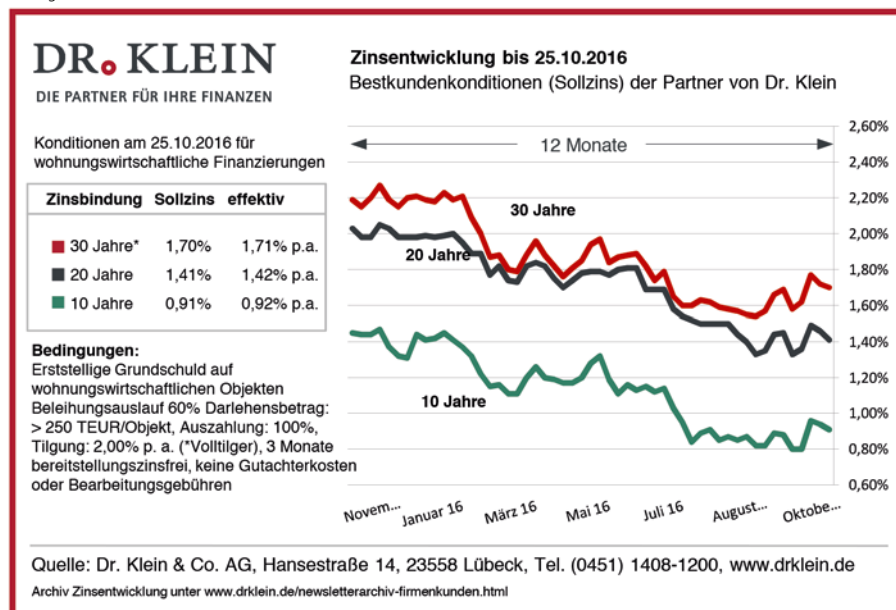
**Weitere Infos:** VSWG, Cindy Habrom, Telefon: 0351/8070122, E-Mail: habrom@vswg.de, Internet: www.vswg.de

## PERSÖNLICHES

**Karl-Heinz Linnert**, Geschäftsführer der Peiner Heimstätte Wohnungsgesellschaft, feierte am 21. Oktober 2016 seinen 60.

Geburtstag. Er ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Wohnungsunternehmen.

Anzeige

**wi Wohnungspolitische Informationen**

Herausgeber:  
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:  
Katharina Burkardt

Redaktion:  
Andreas Schichel, Klaus Schrader,  
Anne-Sophie König

Anschrift der Redaktion:  
Mecklenburgische Straße 57  
14197 Berlin  
Tel.: 030 82403-151  
Fax: 030 82403-159  
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:  
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG  
Munzinger Straße 9  
79111 Freiburg

Standort Hamburg:  
Hufnerstraße 28  
22083 Hamburg  
Tel.: 040 211165-32  
Fax: 040 211165-3332

Aboverwaltung:  
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249  
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446  
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Media Sales (Print/Online):  
Oliver Cekys, Tel.: 0931 2791-731  
E-Mail: oliver.cekys@haufe.de  
Klaus Sturm, Tel.: 0931 2791-733  
E-Mail: klaus.sturm@haufe.de  
Heike Tiedemann, Tel.: 040 211165-41  
E-Mail: heike.tiedemann@haufe.de

Für Anzeigen gilt die Preisliste ab 1.1.2016.  
www.mediacyber.haufe.de

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich:  
115 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand  
Erscheinungsweise wöchentlich, Abbestellungs-  
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von  
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte übernehmen wir keine  
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-  
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrich-  
ten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher  
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

**wi Online-Archiv**

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter [www.haufe.de/immobilien](http://www.haufe.de/immobilien) in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „Zeitschriften“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpfeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „Anmelden“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf [www.haufe.de](http://www.haufe.de) verfügen, können Sie unter „Neuregistrierung“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „Meine Produkte starten“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

10. November 2016, Berlin

## Tag der Wohnungswirtschaft 2016 – Hochkarätige Gäste beim zentralen Branchentreff



„Bauen. Wohnen. Leben.“ – so lautet das Motto der bedeutendsten wohnungswirtschaftlichen Veranstaltung in diesem Jahr. Ein Jahr

vor der Bundestagswahl diskutiert der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW mit hochkarätigen Gästen aus Politik und Wirtschaft die aktuellen Themen der Branche. Die Wohnungswirtschaft zeigt neue Wege auf – von der Integration bis hin zum Wohnungsneubau und der Energiewende.



Foto: kuxma



Foto: Reto Klar

Zwei der prominenten Redner beim Tag der Wohnungswirtschaft: Bundeskanzleramts-Chef Peter Altmaier und Sascha Lobo, Blogger und Buchautor (v. l.)

## Recht so

### Weiteres Urteil zur „Mietpreisbremse“

Mit Urteil vom 8. September 2016 (Az.: 11 C 414/15) hat sich das Amtsgericht Berlin-Neukölln mit der Verordnung über die sogenannte Mietpreisbremse auseinandergesetzt und – wie bereits das Amtsgericht Berlin-Lichtenberg – zugunsten des Mieters entschieden. Die Vermieterin wurde verurteilt, an ihren Mieter überhöhte Miete zurückzahlen, zugleich wurde eine Feststellung getroffen, wonach die gemäß Mietvertrag vereinbarte Miete unwirksam sei. Das Gericht meinte zunächst, dass die Mietbegrenzungsverordnung des Landes Berlin verfassungskonform sei, da den Landesregierungen ein entsprechender Spielraum eingeräumt worden ist. Weiter meinte das Gericht, dass die im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) getroffene Regelung zu den Voraussetzungen der Verordnung ebenfalls unter verfassungsrechtlichen Aspekten nicht zu beanstanden sei. Zur Begründung führt das Gericht aus, dass die Regelung nämlich zweifach begrenzt sei: Zunächst könne die Verordnung nur für eine Dauer von höchstens fünf Jahren erlassen werden und muss bis 2020 in Kraft getreten sein. Zudem sei der Eingriff räumlich begrenzt auf Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten. Unter Zugrundelegung des Berliner Mietspiegels lag dann die verlangte Miete bei Mietbeginn über 10 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, die Vermieterin hat dagegen Berufung eingelegt. ■

### EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Mit dieser Entscheidung des Amtsgerichts Neukölln liegt ein weiteres Urteil zur sogenannten ‚Mietpreisbremse‘ vor. Auch das Amtsgericht Berlin-Lichtenberg hat hier für den Mieter entschieden (vergleiche Urteil vom 28. September 2016 – Az.: 2 C 202/16). Die Berliner ‚Mietpreisbremsenverordnung‘ ist zum 1. Juni 2015 in ganz Berlin in Kraft getreten. Berücksichtigt man die außergerichtlichen Bemühungen vor Erhebung der Klage, so erfolgten diese beiden Berliner Entscheidungen unter Berücksichtigung der weiteren Verfahrensdauer recht zeitnah. Vormals geäußerte Schlussfolgerungen über die Wirkung der Mietpreisbremse, die einen Schutz vor überhöhten Mietforderungen darstellen soll, erschienen insofern verfrüht. Um aber eine belastbare Bewertung zu ermöglichen, sollten die Ergebnisse der Evaluierung eines entsprechenden vom Bundesjustizministerium beauftragten Gutachtens abgewartet werden.“ ■



Foto: Sebastian Schobbert

In der internen Delegiertenversammlung berät zunächst das „Parlament der Wohnungswirtschaft“ die aktuellen Herausforderungen rund um das Wohnen. Im Anschluss daran werden im öffentlichen Teil ab 14 Uhr prominente Gäste wie **Peter Altmaier**, Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, Blogger und Buchautor **Sascha Lobo** und Prof. Mag. **Karl Wurm**, Obmann des Österreichischen Verbands Gemeinnütziger Bauvereinigungen (GBV), politische sowie gesellschaftliche Herausforderungen beim Wohnen und der Digitalisierung näher beleuchten. (schi) ■

➔ **Weitere Infos zu Programm und Anmeldung finden Sie unter diesem Kurz-Link:**  
<https://goo.gl/Yi9wPi>

### ZAHL DER WOCHE

# 5

Prozent der privaten Haushalte in Deutschland besaßen Anfang 2016 kein mobiles Telefon, zum Beispiel ein Handy oder Smartphone. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilte, ist der Ausstattungsgrad mit Mobiltelefonen innerhalb von 10 Jahren um 15 Prozentpunkte gestiegen – von gut 80 Prozent der Haushalte im Jahr 2006 auf 95 Prozent der Haushalte Anfang 2016. Am häufigsten mit Handys ausgestattet waren Haushalte mit Kindern: Nahezu alle Haushalte von Alleinerziehenden und Paaren mit Kindern besaßen mindestens ein mobiles Telefon. Bei den Einpersonenhaushalten lag der Ausstattungsgrad mit Mobiltelefonen bei 91 Prozent. Am wenigsten verbreitet waren Mobiltelefone in Seniorenhaushalten mit Haupteinkommenspersonen im Alter von mindestens 80 Jahren, hier betrug der Ausstattungsgrad lediglich 77 Prozent. ■